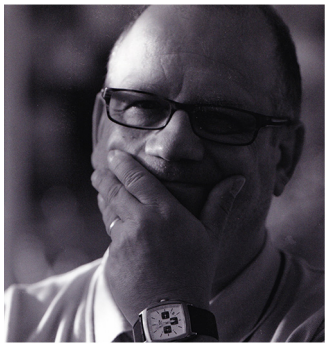
Energiewende Saarland e.V.

Energiewende

Magazin 2 / 2015



Mut zur Energiewende

2009 hatte ich mit meinem Auto einen Unfall, Totalschaden. Reflexartig wollte ich mir ein neues Auto kaufen. Klar, denn ohne die Automobilität kommen wir doch heute gar nicht aus. Oder? Bei mir war es so, dass ich darüber nachdachte und mich zu einem radikalen Umstieg entschloss. Fahrrad und Bus gegen das Auto. Heute, im August des Jahres 2015, kann ich sagen, dass ich diesen Umstieg nicht bereut habe. In der Stadt wird das Fahrrad ohnehin das Verkehrsmittel der Zukunft sein. Und ich denke, wenn Saarbrücken das wollte, würden heute schon viel mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen. Allein: der politische Wille ist nicht da.

Woran kann das hängen? Bei mir war der Umstieg natürlich radikal. Ich hatte mich daran gewöhnt, mit dem Auto unterwegs zu sein. Was auf mich ohne das Auto zukam, dass wusste ich nicht. Ähnlich verhält es sich mit der Energiewende. Die Energiewende ist in der ganzen Konsequenz ein Totalumbau der Energieversorgung. Sie wird tief in die Bereiche der Menschen eingreifen. Althergebrachte Gewohnheiten werden in Frage gestellt werden müssen. Und es werden Fragen gestellt. Wird das Neue besser funktionieren? Können wir uns das überhaupt leisten? Wer soll und wer wird für all das verantwortlich sein? Wir, die wir die Energiewende vorantreiben wollen, müssen diese Fragen ernst nehmen und versuchen, Antworten darauf zu finden. Das Problem allerdings ist, dass es für die Energiewende keine Blaupause gibt. Es gibt einfach keine Vorbilder für das Neue.

Falls Sie also Zweifel haben, ob Sie das wollen, kann ich Ihnen sagen: Ich freue mich auf die Energiewende. Sie verlangt, dass wir mit althergebrachten Gewohnheiten brechen. Als ich beschloss, ohne ein Auto zu sein, wusste ich nicht, was auf mich zukam. Heute weiß ich, dass es mir ohne das Auto besser geht und ich keineswegs in meiner Mobilität eingeschränkt bin.

Nicht zuletzt geht es auch darum, Chancen, die wir haben, zu nutzen. Im Artikel „Die Entsorgung eines CO2 freien Stromspeichers“ und „Der Regionalverband Saarbrücken blockiert den Windenergieausbau“ machen wir auf solche vertanen Chancen aufmerksam. Über die Gefahren, die die weitere Nutzung der fossilen Energieträger und die Kernenergie mit sich bringt, schreiben wir unter der Überschrift „Energiewende auf Französisch“ und „Woher der Wind weht“.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch etwas von Martin Luther King mit auf den Weg geben: „You see things and you say: Why? But I dream things that never were and I say: Why not“.

Friedhelm Chlopek

Energiewende auf Französisch

Von Kajo Breuer

Mitte Juli verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Gesetz zur „Transition énergétique“, dem Pendant zur deutschen „Energiewende“. Die Botschaft: mehr Erneuerbare, weniger CO2, weniger Atomkraft. Was ist davon zu halten? Was bedeutet das Gesetz für die deutsch-französische Zusammenarbeit in unserem Grenzraum?

Als kurz nach der Katastrophe von Fukushima in der Mitgliederversammlung des „Eurodistricts SaarMoselle“, in dem sich vor einigen Jahren Regionalverbände aus dem Saarland und Lothringen mit der Stadt Saarbrücken als Kern zusammengeschlossen hatten, von deutscher Seite eine kritische Resolution zum AKW Cattenom eingebracht wurde, mündete dieser Vorstoß fast in einen Eklat, so aufgebracht waren einige französischen Delegierte. Dies, obwohl auf vielen anderen Politikfeldern die gewählten Vertreter/innen seit langem eine gute Zusammenarbeit praktizieren. Nicht allen Beteiligten auf saarländischer Seite war vorher bewusst, dass – und wie stark - in Frankreich die Nutzung der Kernenergie nicht nur als eine Frage der Energiepolitik, sondern auch der staatlichen Souveränität und der „grande nation“ angesehen wird. Wird sich durch die französische „Energiewende“ an dieser Haltung

etwas ändern? Ist mit einem neuen Umgang hinsichtlich Cattenom und Bure zu rechnen?

Die wesentlichen Ziele der französischen Energiewende

Im Vordergrund des verabschiedeten Gesetzes stehen folgende Ziele:

- Die Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase um 75 Prozent bis 2050 (in Bezug auf das Basisjahr 1990)
- Verringerung des Endenergieverbrauchs bis 2050 um die Hälfte und Senkung des Verbrauchs fossiler Energieträger um 30 Prozent (durch Verfolgung der Ziele Energieeffizienz und Suffizienz)
- Die Diversifizierung der Stromerzeugung und die Reduktion der Atomkraft (auf 50 Prozent bis 2025)
- Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am gesamten Endenergiever-brauch bis 2030 auf 32 Prozent (2012: 14 Prozent) sowie an der Stromerzeugung auf 40 Prozent.

Wie unschwer zu erkennen, sind diese Ziele in verschiedenster Hinsicht den Zielen der deutschen Energiewende durchaus ähnlich. Manche Unterschiede in den Zielen ergeben sich aus Unterschieden in den Ausgangslagen, zum Beispiel lässt sich die etwas niedrigere Zielgröße bei der Reduzierung der Treibhausemissionen dadurch erklären, dass in Frankreich der gegenwärtige Wert mit 8,3 Tonnen/CO2eq pro Kopf deutlich niedriger liegt als in Deutschland (11 Tonnen). An dieser Stelle sollen jedoch nur wenige ausgewählte Aspekte der „Transition énergétique“ angesprochen werden.

Die Rolle der Atomkraft

Obwohl Frankreich als Atomstaat gilt, sind Interessanterweise gewisse Parallelen in den Anstrengungen Deutschlands und Frankreichs zu erkennen, den Anteil der Atomkraft zurückzufahren. Deutschland wird zwischen 2010 und 2022 rund 140TWh Atomstrom ersetzen müssen, was in etwa der Menge entspricht, die Frankreich ausgehend vom aktuellen Niveau ersetzen müsste, um den Anteil von 75 auf 50 Prozent der Stromerzeugung zu reduzieren. Einerseits. Andererseits: Bei der Atomkraft wird zunächst eine Kapazitätsobergrenze aller französischen Reaktoren von zusammen 63,2 Gigawatt festgelegt. Das entspricht dem heutigen Stand. 55 der 58 bestehenden Reaktoren wurden zwischen 1970 und 1984 gebaut, durchschnittlich sind die französischen Reaktoren seit 30 Jahren in Betrieb. Die französische Nuklearsicherheitsbehörde wies vor einiger Zeit darauf hin, dass in den nächsten Jahrzehnten aufgrund von Altersschwäche das Risiko >>systemischer Defekte<< bestünde. In einen Großteil der 58 Atomreaktoren müsste kräftig investiert werden, um längere Laufzeiten zu ermöglichen. Konservativen Schätzungen des Kraftwerksbetreibers EdF zufolge wären bis 2025 rund 55 Milliarden Euro allein dafür aufzuwenden, die Anlagen instand zu setzen und ihre Sicherheit im erforderlichen Umfang zu verbessern. Die Verabschiedung des neuen Gesetzes ist auch dieser Notwendigkeit geschuldet. Das Gesetz enthält jedoch keinen Fahrplan für den sukzessiven Ausstieg aus der Kernenergie. Die absehbare Folge: An jedem einzelnen Kraftwerk wird sich in Zukunft der politische Konflikt entzünden. Wozu das führt, kann man am AKW Fessenheim sehen. Kaum, dass sich Widerstand gegen die von Hollande versprochene Schließung des ältesten AKWs erhob, machte der Präsident einen Rückzug. Hollande ist ohnehin dafür bekannt, dass er beim ersten Gegenwindchen sich auf den Boden wirft und im Krebsgang zurückbewegt. Hinzu kommt, dass der mehrheitlich von Oppositionsparteien dominierte Senat nun gegen die Senkung des Atomstromanteils stimmte. Ein möglicher Regierungswechsel 2017 könnte dementsprechend auch eine Wende rückwärts in dieser Frage zur Folge haben. Insofern bleibt die Zukunft der Atomkraft in Frankreich ungewiss.

Hoffnung und Skepsis für die deutsch-französischen Zusammenarbeit

Die „Transition énergétique“ kann für die deutsch-französische Zusammenarbeit durchaus positive Auswirkungen haben. Die deklarierten strategischen Ziele der beiden Länder weisen in vielerlei Hinsicht Übereinstimmungen auf. Das schafft einen einheitlichen Bezugsrahmen, innnerhalb dessen man sich in einer grenzüberschreitenden Diskussion bewegen kann. Aber Skepsis ist angebracht: Ein breiter gesellschaftlicher Konsens wie in Deutschland hinsichtlich des Ausstiegs aus der Atomenergie existiert in Frankreich nicht. Die Nutzung der Kernenergie genießt immer noch große Akzeptanz in der französischen Gesellschaft. Soweit die Atomkraft problematisiert wird, geschieht dies weniger aus Gründen wie in Deutschland, wo die Beherrschbarkeit dieser Technologie grundsätzlich in Frage gestellt wird, sondern aus technokratischen und ökonomischen Erwägungen heraus (Alter, Laufzeit, Kosten der Instandsetzung o. ä.). Da der Rückzug aus der Atomenergie in Frankreich Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzung und Profilierung ist und überdies kein „Fahrplan“ für den „Ausstieg“ besteht, schafft dies den lokalen Honoratioren Raum und Gelegenheit, vor Ort die Stilllegung des jeweiligen AKWs zu hintertreiben. Hinzu kommt Folgendes: Die EdF ist ein der Form nach privates, der faktischen Abhängigkeit nach staatliches Unternehmen (der Staat hält ca. 85% der Anteile). Jede Einschränkung der EdF-Aktivitäten kann mithin zu einer Belastung des Staatshaushaltes führen, dies in einer Zeit, da Paris einem Konsolidierungsdruck nicht zuletzt auf Betreiben Berlins ausgesetzt ist. Schließlich bilden die vielen Staatsbediensteten und ihr Grad an gewerkschaftlicher Organisierung, vor allem in der kommunistischen Gewerkschaft CGT, ein nicht zu unterschätzendes Erpressungspotential. So gerät die sozialistische Regierung in eine Zange von rechts und von links. Alles in allem also keine hoffnungsvollen Perspektiven für einen wirklichen Rückzug aus der Atomkraft.

Blick von der vorbeiführenden Departmentstraße D56 über den Kühlwasserstausee (Lac du Mirgenbach) des Kernkraftwerkes Cattenom.
Foto: ©Landesbildstelle Saarland im LPM (Mechthild Schneider)

Was bedeutet dies für das Saarland und die Stadt Saarbrücken?

Was Cattenom und Bure betrifft, ist derzeit – leider – keine „Wende“ in Sicht. Das verabschiedete Gesetz erleichtert vielleicht die grenzüberschreitende Diskussion, insoweit sie sich offiziell auf einen gleichgearteten Bezugsrahmen beziehen kann. Was jedoch in nächster Zeit Gespräche belasten dürfte, hat weniger mit Energiepolitik und dabei mit der Frage der Atomenergie zu tun, als vielmehr mit der

neuen hegemonialen Rolle Deutschlands in Europa, wie sie nun bei der Griechenlandkrise zutage trat. Frankreich und Deutschland bezogen dabei unterschiedliche Positionen. In den Medien wurde sogar darüber spekuliert, ob es zum Bruch der deutsch-französischen Freundschaftsbeziehungen kommen werde. Die deutsche Regierung wird ob ihres herrischen Vorgehens von halb Europa angefeindet, nicht zuletzt von einem großen Teil der französischen Gesellschaft. Je nachdem wie die deutsche Regierung, aber auch wie die ökologische Bewegung in der Frage der Atomenergie agiert, wird „die deutsche Seite“ als anmaßend empfunden werden oder auf Ver-ständnis treffen. Die Öko-Bewegung steht also nicht nur vor der Aufgabe, in aller Entschiedenheit ihre Ziele dies- und jenseits der Grenze zu verfolgen, sondern auch vor der Herausforderung, dies in einer Form zu tun, die nicht die deutsch-französische Freundschaft beeinträchtigt und erst recht nicht - unbeabsichtigt - chauvinistischen Tendenzen in Deutschland Vorschub leistet.

Regionalverband Saarbrücken blockiert Windenergie-Ausbau

Von Friedhelm Chlopek

Verhinderungsplanung statt Klimaschutzkonzept

Seit der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 plant der Regionalverband Saarbrücken Vorrangflächen oder Konzentrationszonen für die Windenergienutzung. Während die meisten saarländischen Gemeinden inzwischen Vorrangflächen für Wind in ihren Flächennutzungsplänen (FNP) ausgewiesen haben und einige neue Windparks errichtet wurden, tut sich im einzigen größeren Planungsverband des Landes bislang nichts: Kein einziges Windrad dreht sich hier oder wurde auch nur beantragt. Während in vielen kleineren Gemeinden außerhalb des Regionalverbands inzwischen Windkraftanlagen einen Beitrag zum Klimaschutzziel leisten, ist der der Fachdienstleiter des Regionalverbandes Saarbrücken Sven Urhan stolz auf die Gründlichkeit und die praktizierte Planung über Gemeindegrenzen hinweg. Schließlich verhindere man dadurch Wildwüchse wie in anderen Teilen des Landes, so die Schlussfolgerung des Fachdienstleiters.
Doch seitdem sich im Regionalverband zwei Bürgerinitiativen gegen Windräder gegründet haben, die lautstark Vor-und Fehlurteile zur Windenergie propagieren, unterstellen böse Zungen Sven Urhan beziehungsweise seinem Chef, dem Regionalverbandsdirektor Peter Gillo, den Versuch der Verhinderung oder gar Verschleppung neuer Anlagen bis zum Sankt-Nimmerleinstag.

Die Änderung des Flächennutzungsplans und seine Folgen

So wurde vor einem Jahr ein Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplan gefasst, der 650 Meter als Mindestabstand der Konzentrationszonen von der Wohnbebauung vorsah, allerdings mit dem Vorbehalt einer juristischen Prüfung, ob nicht auch 800 Meter rechtlich möglich seien. Auf dieser Grundlage wiederum konnte kein Investor eine verlässliche Planung erstellen, zumal das juristische Gutachten schließlich aussagte, dass auch bei 800 Meter Abstand noch nicht unbedingt von einer (unrechten) Verhinderungsplanung auszugehen sei.
Dabei verhindert ein 800-Meter-Abstand die Hälfte der bei einer Distanz von 650 Metern möglichen Windkraftanlagen im Regionalverband und halbiert den im Klimaschutzkonzept des Regionalverbands vorgesehenen Klimaschutzbeitrag der Windenergienutzung auf knapp über ein Prozent CO_2-Einsparung. Darüber hinaus werden auch die möglichen Einnahmen der allesamt klammen Städte und Gemeinden im Regionalverband um mehr als die Hälfte verringert.
Im September wird der Kooperationsrat des Regionalverbandes Saarbrücken endgültig über die veränderte Abstandregelung im FNP entscheiden, wobei sich im Vorfeld acht Gemeinden mit 16 Stimmen für 800 Meter, Saarbrücken und Püttlingen mit zusammen 12 Stimmen für 650 Meter ausgesprochen haben.

Das Ende des Klimaschutzes im Regionalverband?

Wenn es dann endlich eine verlässliche Basis für Planer gibt, drohen durch die zeitliche Verzögerung alle Planungen zu scheitern. Denn die Bundesregierung wird zukünftig auf ein Ausschreibungsmodell setzen, bei dem Windparks im Saarland mit Windparks in Küstenländern konkurrieren müssen und deshalb vermutlich keine Realisierungschance mehr haben.
Für das Thema Energiewende und Klimaschutz im Regionalverband wäre das dann der GAU, der von den Verantwortlichen im Regionalverband aber wohl als geringeres Übel als der Verlust einiger Wählerstimmen in Bürgerinitiativen-Kreisen angesehen wird. Zu hoffen bleibt, dass es den Planern von Windkraftanlagen gelingen wird, trotzdem noch Anlagen durch schnelle Arbeit bauen zu können. Vielleicht schaffen sie es auch, dem Regionalverband eine juristische Klatsche zu verpassen, indem sie ein Gerichtsurteil herbeiführen, dass die Planung als das beurteilt was sie ist, nämlich eine Verhinderungsplanung.

Die Entsorgung eines CO2 freien Stromspeichers

von Winfried Anslinger

Der Plan: Ein unterirdisches Pumpspeicherkraftwerk

Die Einstellung des Pumpbetriebs in den saarländischen Bergwerken bewegt seit Monaten den saarländischen „Blätterwald.“ Nach Planung der RAG Planung sollen die Grubenwässer künftig kontrolliert ansteigen und in Richtung Ensdorf abfließen. Von dort aus wird im Endzustand die Entsorgung zur Saar hin erfolgen. Die voraussichtlichen Folgen dieser Pläne sind bekannt.
Weniger bekannt ist, dass nebenbei auch ein Projekt bedroht ist, auf welches nicht wenige im Saarland große Erwartungen gesetzt haben: Der Bau eines untertägigen Pumpspeicherkraftwerks.
Schon im Koalitionsvertrag der Jamaikaregierung war die Option zum Bau eines untertägigen Pumpspeicherkraftwerks in stillgelegten Schachtanlagen des Kohlebergbaus fixiert worden. Der aktuellen Landesregierung hat dies unverändert übernommen, der vormalige Umweltminister Peter Altmaier ausdrücklich begrüßt.

Die Chance für das Saarland: CO2 freie Energiespeicherung in aufgegebenen Kohlegruben
Der Plan, der von Energiewende – Mitgliedern entwickelt wurde und von der RAG in einer Machbarkeitsstudie bestätigt wurde, sieht vor, die Fallhöhe der ehemaligen Förderschächte zu nutzen, um Energie zu speichern. Wir sprechen von einem Pumpspeicherkraftwerk, nur eben unter Tage. Das Oberbecken wäre in einem ehemaligen Absinkweiher zu bauen, das Unterbecken auf dem Niveau der vormaligen Kohlegewinnung in stabilen, neu zu schaffenden Tunneln unter unbewohntem Gebiet. Die Baukosten entsprechen etwa denen eines neuen Kohlekraftwerks.
Diese Pumpspeichermethode ist nach derzeitigem Stand der Technik die billigste Möglichkeit, um große Strommengen ohne CO2 Belastung bei hohem Wirkungsgrad zu speichern. Die Leistung ist in weniger als 1 Minute verfügbar, die Kraftwerke sind schwarzstartfähig (was bei Netzausfällen enorm wichtig ist), sie können positive wie negative Regelenergie bereitstellen, was weder Gas noch Wasserkraftwerke können und intelligente Netze nur begrenzt. Pumpspeicher werden seit hundert Jahren täglich zur Netzstabilisierung eingesetzt und sind technisch ausgereift.
Neu wäre der Ort des Einsatzes. Während traditionelle Anlagen erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft verursachen und entsprechende Bürgerproteste, was lange Genehmigungszeiten und oft genug das Aus bedeutet, wären Anlagen unter Tage ohne zusätzlichen Landschaftsverbrauch machbar. Auch wären die Genehmigungsverfahren viel kürzer. Bergschäden sind nicht zu erwarten, der Bau trüge im Gegenteil eher zur Stabilisierung des Untergrundes bei.
Sie können zwar keine riesigen Strommengen speichern, doch anders als bei der power to Gas Methode liegt ihr Wirkungsgrad nicht unterhalb von 50 %, sondern im Bereich von 75 %, was sie langfristig für die Kurzzeitspeicherung und damit die Netzstabilisierung fast unverzichtbar macht. Nicht zuletzt verbilligen sie die Energiewende.
Das Saarland hätte nun – begünstigt durch seine aufgegebenen Gruben - eine einmalige Chance, im künftigen Speichermarkt ganz vorne mitzumischen. Das wird zwar erst frühestens in 7 – 10 Jahren wichtig, da die fluktuierende Einspeisung der erneuerbaren Energien vorher mit Flexibilisierung der Netze aufgefangen werden kann, doch danach werden Speicher immer wichtiger, weil sich nicht alles abregeln lässt. Wenn man bedenkt, dass allein die Bauzeit solcher Anlangen 7 Jahre beträgt, ist das so lange nicht hin.

Der Nordschacht bei Falscheid
Was ist bisher passiert? Aufgrund der Ausstiegsvereinbarungen hat die RAG zunächst fast alle Kohleschächte an der Saar zubetoniert. Einzig der Nordschacht bei Falscheid wurde ausgenommen, um dort langfristig ein Pumpspeicherwerk zu bauen.

Blick auf die Anlage Nordschacht des Bergwerks Saar zwischen Lebach und Saarwellingen am Fuße des Hoxberges im Lebacher Stadtteil Falscheid. Der Nordschacht war bis zum 30. Juni 2012 mit 1.750 Meter Teufe der tiefste noch betriebene Schacht Europas. Foto: ©Landesbildstelle Saarland im LPM (Mechthild Schneider)

Vielleicht kam die Idee fürs Saarland zu spät. Vielleicht liegen wir zu weit entfernt von den Entscheidungszentren im Ruhrrevier. Oder unsere Landesregierung hat nicht entschieden genug interveniert, was gegenüber der RAG ja nichts Neues wäre. Jedenfalls ist der Nordschacht bei Falscheid als einzige Option verblieben.

Diese Option hat Vorteile. Die ehemalige Grube liegt nämlich nur 12 Kilometer vom Netzknotenpunkt Uchtelfangen entfernt, der bundesweit Bedeutung hat, weil hier die Höchstspannungsebene von 360 KV anliegt. Von Uchtelfangen aus können die wichtigsten Wirtschaftszentren Westdeutschlands erreicht werden: Rheinland, Ruhr, Rhein-Main Gebiet, Rhein Neckar und Stuttgart. Ein idealer Einspeisepunkt, um bundesweit ins Geschäft zu kommen.
Doch leider scheint es nichts zu werden mit dem einzig verbliebenen saarländischen Speicherprojekt. Steigt der Wasserspiegel im Nordschacht weiter an, kann man den Bau einer solchen Anlage vergessen. Das nachträgliche Auspumpen wäre viel zu teuer und zeitaufwändig.
Die Zeit drängt. Innerhalb der nächsten Monate muss gehandelt werden. Gelingt es nicht, die Pumpen wieder anzustellen, müsste zumindest schnell eine Abdichtung der Schachtanlage gegen das eindringende Wasser erfolgen. Dies wäre nach Auskunft von RAGmit einem Kostenaufwand von ca. 3 - 4 Mill € möglich.
Das Problem: Die Gespräche drehen sich im Kreis. Jeder potentielle Geldgeber (Land, Bund, Bundesforschungsministerium) wartet auf die jeweils anderen. Zwar sind alle auf Befragung hin an dem Projekt interessiert, aber keiner will den ersten Schritt tun. Um dieses Koordinationsproblem zu beseitigen, hat die grüne Landtagsfraktion eine parlamentarische Anfrage gestellt, die im Umweltausschuss behandelt wurde. Ergebnis steht derzeit noch aus.

Der Wortlaut der Anfrage im Landtag

1. Die saarländische Landesregierung hat beim Kohleausstieg den Nordschacht bei Falscheid von der endgültigen Stilllegung und Verschließung ausgenommen. Grund dafür war der politische Wille, die Option eines künftigen untertägigen Pumpspeicherwerks als Kurzzeitspeicher in einem künftigen Stromversorgungsnetz zu erhalten. Verfolgt die Landesregierung weiterhin das Ziel, mittelfristig einen saarländischen Beitrag zur Netzstabilisierung in einem künftigen, von fluktuierenden Angebots und Nachfrageszenarien geprägten Energieversorgungssystem zu ermöglichen?
2. Der frühere Bundesumweltminister Peter Altmaier hat während seiner Amtszeit die Zusage gegeben, sich im Rahmen der Fortentwicklung des EEG für Rahmenbedingungen einzusetzen, die einen wirtschaftlichen Betrieb von neu zu bauenden Pumpspeicheranlagen ermöglichen. Da er die Bedeutung von preisgünstigen Kurzzeitspeichern mit hohem Wirkungsgrad im Zusammenhang mit dem Aufbau intelligenter Netze bei der weiteren Entwicklung eines Stromversorgungssystems, das auf erneuerbaren Energien basiert, erkannt hat, und allein die Bauzeit solcher Anlagen 7 Jahre erfordert, sah er kurzzeitigen Handlungsbedarf. Inzwischen hat die Ressortzuständigkeit gewechselt. Welche Schritte hat die Landesregierung gegenüber dem neuen Ressortchef Sigmar Gabriel unternommen, um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen?
3. Durch die Einstellung des Pumpbetriebs in fast allen saarländischen Gruben kommt es großflächig zum Wasseranstieg. Davon ist auch der Nordschacht bei Falscheid betroffen. Aufgrund des Ausstiegskonzepts von RAG ist dies der einzig verbliebene Schacht, der unserem Bundesland eine Option für einen untertägigen Stromspeicher bietet. Besteht der politische Wille, diese Chance zu erhalten?
4. Aufgrund des Grubenwasseranstiegs besteht dringender Handlungsbedarf. Bis Mai muss eine Finanzierung gefunden werden, um die Sicherung der Schachtanlage gegen eindringendes Wasser zu installieren. Als Geldgeber kommen in Frage: das Land, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Forschungszentrum Jülich. Haben die Landesregierung und der derzeitige Eigentümer der Schachtanlage Anträge gestellt, die kurzfristig Mittel zur Finanzierung einer solchen Maßnahme zu erhalten?
5. Der Bau untertägiger Stromspeicher in ehemaligen Bergwerken stellt einen innovativen Ansatz zur vergleichsweise preisgünstigen Netzstabilisierung dar und hat eine weit über das Saarland hinaus reichende Bedeutung, weil Eingriffe in Natur und Landschaft geringer, Genehmigungszeiten kürzer und technologiebedingte Risiken (wegen fehlender Oberbecken) niedriger sind als bei herkömmlichen Pumpspeichern. Sie sind derzeit noch nicht wirtschaftlich zu betreiben, können künftig jedoch eine wichtige Rolle spielen, weil sie hohe Wirkungsgrade mit der Fähigkeit verbinden, negative Regelenergie aus den Netzen zu nehmen und negative Strompreise zu vermeiden. Teilt die Landesregierung diese Einschätzung und wurde dies dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie vorgetragen?
6. Sieht die Landesregierung eine Chance, auf Bundesebene auf die Fortentwicklung des EEG dahingehend Einfluss zu nehmen, dass durch entsprechende Einspeisevergütungen oder Kapazitätsregelungen die Voraussetzungen für das Projekt im Nordschacht geschaffen werden? Welchen Betrag wird die Landesregierung bereitstellen, um den Nordschacht zu retten?
7. Ist die Landesregierung bereit, notfalls allein die Finanzierung zu übernehmen, falls sich kurzfristig kein anderer Projektträger findet? oder zumindest in Vorlage zu treten?

Unterirdische Variante eines Pumpspeicherkraftwerks

Impressum
Hrsg: Energiewende Saarland e.V.
Postfach 10 04 10, 66004 Saarbrücken
email: ew-saar@web.de
Bankverbindung:
Bank 1 Saar eG, BLZ 591 900 00,
Kto.Nr. 658 990 00
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise
die Meinung der Redaktion wieder.

Kontaktadressen:
Fotovoltaik: Christian Bersin, Tel. 0681-473546,
Mail: ChrisBersin@web.de
Windkraft, Beteiligungsmodelle:
Mail: th.naegler@t-online.de
Energieeinsparung und -effizienz,
Erneuerbare Energien:
Peter Wünsch, Tel.06897-7290800,
Mail: peter.wuensch1@gmx.net
Finanzen, Mitgliederverwaltung:
Vera Kubitscheck-Nägler, Tel. 06861-75986,
Mail: vera.k.naegler@t-online.de

Woher der Wind weht
Warum wir die Energiewende Saarland e.V. brauchen

von Friedhelm Chlopek

Man könnte es vorsichtig so formulieren, dass das Verhältnis zwischen den vier Energieriesen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW und denjenigen, die die Energiewende vorantreiben, angespannt ist. Denn um es provokativ auf den Punkt zu bringen: Die „großen Vier“ wollen die Energiewende gar nicht. Sie, die ihren Aktionären und der eigenen Gewinnmaximierung verpflichtet sind, versuchen gerne auch mit fleißiger Lobbyarbeit, die Energiewende zu verhindern.

Ein Beispiel für eine solche Lobbyarbeit ist das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen. E.ON spendete 40 Millionen Euro an das Institut und förderte so fünf Professuren. Der Name einer der geförderten Professoren: Bruno Thomauske mit dem Fach „Nuklearer Brennstoffkreislauf“. Ganz nebenbei schreibt Thomauske die entscheidenden Gutachten für die Bundesregierung über das Atomlager Gorleben.

Diese Lobbyarbeit ist aus Sicht dieser Energieriesen verständlich. Je länger ihre durch den Staat subventionierten Kraftwerke Energie produzieren, je größer sind deren Gewinne. Die Kehrseite ist allerdings, dass der größte Teil der gewonnen Energie aus fossilen Ressourcen stammt. Er belastet entweder die Umwelt oder ist schlicht gefährlich.

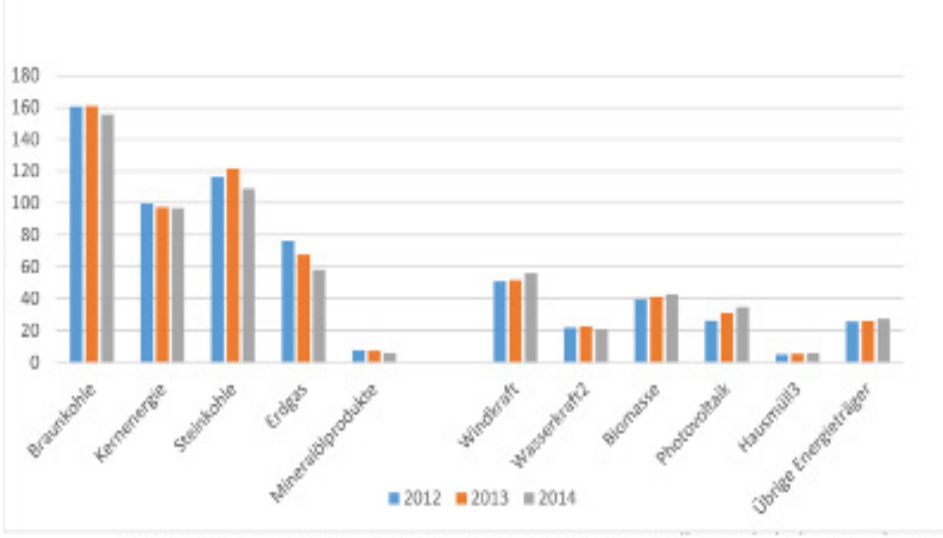
E.ON, angeblich hoch verschuldet, zerschlägt sich selbst. 2016 sollen unter anderem die Bereiche um die Atomkraftwerke ausgelagert werden. Mit jetzt schon an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden die Folgekosten für den Ab- und Rückbau der Atomkraftwerke, die E.ON in Deutschland betreibt, nicht im vollen Umfang von E.ON getragen. Die anderen Energiekonzerne werden diesem Beispiel dann wohl folgen. Die ungeheuren Kosten werden sozialisiert, sicher über den Strompreis, sprich der Verbraucher zahlt´s.

Die Energiewende ist ein schwieriges Unterfangen. Aber es gibt drei Fakten, die reichen, um deren Grundthematik zu umreißen:

1. Fossile Ressourcen sind endlich.
2. Das Verbrennen fossiler Ressourcen verursacht Treibhausgase, die das Klima gefährden.
3. Erneuerbare Energien versprechen Lösungen für beide Probleme.

Fossile Ressourcen sind endlich

Grund-, Mittel- und Spitzenlastkraftwerke: Das war und ist die Einteilung, nach der weltweit Energie produziert wurde und wird. Zu den Grund- und Mittellastkraftwerken zählen unter anderen Stein- und Braukohlekraftwerke. Über 40 Prozent des in Deutschland 2013 erzeugten Stroms wurden von diesen Kraftwerken geliefert. Mit einem Anteil von 25,8% lag dabei die Braunkohle in Deutschland vor der Steinkohle. Insgesamt wurden so weltweit 35 Milliarden Tonnen CO2 ausgestoßen.



Bruttostromerzeugung in Deutschland 2012 bis 2014, Quelle Statistisches Bundesamt

Kommen wir noch einmal zu der Einteilung der Stromerzeugung und schauen uns die Grundlastkraftwerke an. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie - einmal angefahren - permanent Energie produzieren. Für die Stromproduzenten waren und sind sie Goldgruben. Besonders die Atomkraftwerke.

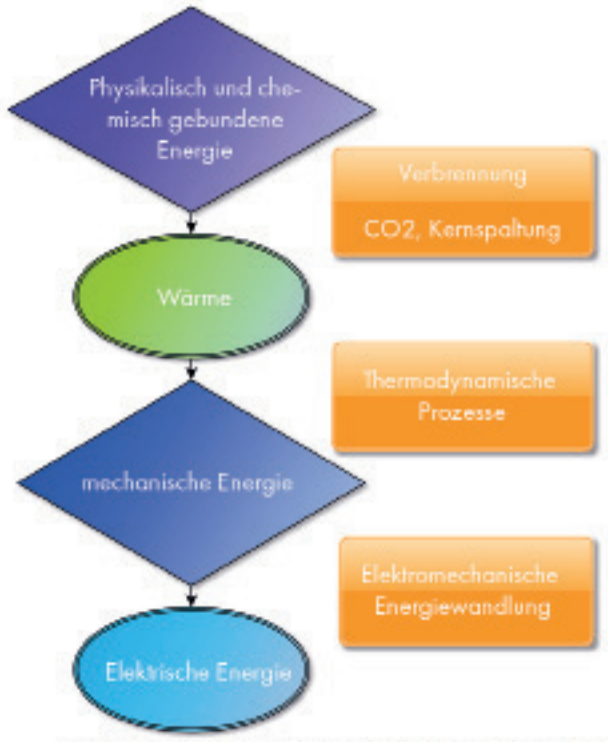
Rückblick: Am 6. August 1945 warfen die Amerikaner über Hiroshima eine Atombombe ab, die in 600 Metern explodierte. Rund 70.000 Menschen starben unmittelbar nach der Detonation, Zehntausende erlagen danach den Folgekrankheiten durch die Strahlung. Und so menschenverachtend es sich anhört: Hiroshima hatte dabei noch Glück. Durch die Tatsache, dass die Bombe hoch über der Stadt explodierte, war der Fallout und in der Folge die Verstrahlung „nicht so hoch“. Die Verstrahlung großer Gebiete nach der Katastrohe von Fukushima war um das Tausendfache höher als bei der Atombombe von Hiroshima. Unverständlich, dass die japanische

Regierung die Mehrheitsmeinung der japanischen Bevölkerung ignoriert und im August 2015 wieder Atomkraftwerke angefahren hat.
Es zeigt aber, wie stark der Einfluss der Stromerzeuger auf die Politik ist. Auch wenn wir in Deutschland unsere Atomkraftwerke in absehbarer abschalten wollen, sieht es in großen Teilen Europas anders aus. Cattenom steht zwar auf französischer Seite, aber immerhin in direkter Nachbarschaft zum Saarland. Dass wir im Zeitalter des globalen Terrorismus leben, ist mittlerweile jedem klar. Wenn wir also fragen, wie es um die Sicherheit bei Atomkraftwerken aussieht, dann sollten gerade die Betreiber von Atomkraftwerken Antworten geben können, die beruhigen. Dass über Cattenom mehrmals Drohnen gesichtet wurden, von denen niemand weiß, wer sie steuerte und was sie dort machten, ist dann tatsächlich einer von vielen Gründen zur Besorgnis.

Das Verbrennen fossiler Ressourcen verursacht Treibhausgase, die das Klima gefährden
Die Kohlemeiler, die im Jahr 2012 gebaut wurden, stoßen bei einer angesetzten Laufzeit von 40 Jahren mehr als 19 Milliarden Tonnen CO2 aus. Man sollte wissen: Der Ausstoß aller Kohlekraftwerke im Jahr 2012 lag bei 14 Milliarden Tonnen. Zu diesen Zahlen kamen Wissenschaftler der University of California und der Princton University.
Auch unsere Kohlekraftwerke im Saarland tragen zu diesem CO2-Ausstoß bei:

- Kraftwerk Bexbach: Eigentümer: EnBW / STEAG Power Saar Betreiber: STEAG Power Saar Baujahr: 1983 Energieträger: Steinkohle
- Kraftwerk Weiher III: Eigentümer: STEAG Power Saar Betreiber: STEAG Power Saar Baujahr: 1976 Energieträger: Steinkohle
- Kraftwerk MKV Fenne: Eigentümer: STEAG Power Saar Betreiber: STEAG Power Saar Baujahr: 1982 Energieträger: Steinkohle / Gas
- Kraftwerk HKV Fenne: Eigentümer: STEAG Power Saar Betreiber: STEAG Power Saar Baujahr: 1989 Energieträger: Steinkohle / Gas
- Kraftwerk Ensdorf Block 1: Eigentümer: VSE Betreiber: VSE Baujahr: 1963 Energieträger: Steinkohle
- Kraftwerk Ensdorf Block 3: Eigentümer: VSE Betreiber: Saarstahl / Saarschmiede Baujahr: 1971 Energieträger: Steinkohle
- Kraftwerk Römerbrücke: Eigentümer: Energie SaarLorLux Betreiber: Energie SaarLorLux Baujahr: 1988-2011 Energieträger: Erdgas / Steinkohle

Wenn im Saarland immer noch die Diskussion um den Vorsorgeabstand bei Windkraftanlagen läuft, sollten wir auch daran denken, dass, je weiter wir den Vorsorgeabstand machen, die möglichen Flächen für die Windkraftanlagen immer weniger werden. Windkraftanlagen erzeugen aber kein CO2 und werden ganz ohne Zweifel nie ein Angriffsziel für terroristische Aktivitäten sein.



Stufen der Wandlung von physikalisch- und chemisch gebundener Energie, Friedhelm Chlopek

Erneuerbare Energien versprechen Lösungen für beide Probleme.
Zunächst einmal sind erneuerbare Energien sauber, sie vermeiden Treibhausgase und vermindern dadurch den Treibhauseffekt. Erneuerbare Energien tun aber noch mehr: Durch den Bau von Windkraft- und Solaranlagen fördern wir mit jedem Euro an Investitionen die eigene Wirtschaft.
Energiegenossenschaften wie die Raiffeisen-Bürger-Energiegenossenschaft Bliesgau eG sind sehr gute Beispiele dafür, wie eben auch im Saarland mit erneuerbaren Energien nicht nur Energie erzeugt werden kann sondern auch Renditen aus angelegtem Kapital erwirtschaftet wird. Das kann schließlich auch kleineren Gemeinden zu Gute kommen, die heute nach neuen Einnahmequellen suchen.
Zusammen mit der Gebäudesanierung und der Elektromobilität schaffen wir sehr große Märkte und auf die Zukunft bauende Arbeitsplätze. Jeden Euro, den wir für Öl und Gas ausgeben, fließt in die Kassen ausländischer Konzerne. Gelder für die Energiewende kommen zum allergrößten Teil der mittelständischen und regionalen Wirtschaft zu Gute.
Wir haben die Energiewende noch lange nicht geschafft. Dabei sollten wir Energiepolitik und Energiewende nicht verwechseln. Die Politik können wir kritisieren, die Wende aber müssen wir schaffen. Deswegen brauchen wir auch, neben all den vielen anderen Mitstreitern, die Energiewende Saarland e.V.

Saarlands neue Bäckereiverkäuferin
oder: Keine Angst vor dem Verfassungsschutz

von I. Kuh

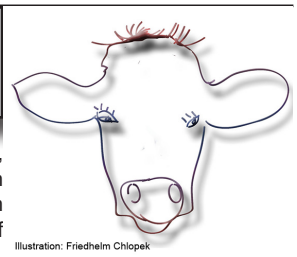


Illustration: Friedhelm Chlopek

Der Chef tobt und für mich, I. Kuh, ist das ein sehr schlechtes Zeichen.
„Können wir noch nicht einmal schreiben, was richtig und wichtig ist. Was ist denn nur mit unserer Pressefreiheit?“ So wütend habe ich den Chef bisher noch nicht gesehen. „Da schreiben die Jungs zwei Artikel über die Pläne des Verfassungsschutzes zum Ausbau der Internetüberwachung und dann das: Bundesstaatsanwaltschaft. Anzeige. Landesverrat!“
Wenn mein Chef in diesem Arbeitsstadium ist, sollte man besser die Luft anhalten und zuhören.
„Und wo bleiben unsere Artikel? Sommerpause hin, Artikel müssen her!“. Und dabei schaut er mich an.
Ich nicke. „Heute Mittag!“, gehe an meinem Arbeitsplatz und beginne zu recherchieren:

Saarlands neue Bäckereiverkäuferin
Das Saarland hat gegenüber anderen Bundesländern einen großen Vorteil: Hier kennt jeder jeden. Whistleblower inbegriffen. Da sollte es doch kein Problem sein, etwas was aus dem Nähkästchen der saarländischen Energiepolitik zu schreiben.
Das Saarland spart. Die Frage ist, ob das Land an der richtigen Stelle spart. Holen wir mal die Energieministerin Anke Rehlinger. Die Arme. Ist ja nicht nur Ministerin für Energie. Nein, sie ist auch Ministerin für Arbeit und Ministerin für Wirtschaft und Ministerin für den Verkehr. Ein bisschen viel, sollte man meinen.
Letztens konnten die Saarländer Ihre Superministerin an der Theke bewundern. Genauer gesagt an einer Bäckereitheke. Dort verkaufte sie fleißig Brötchen. Das fand sie sehr amüsant und die Frage sei an der Stelle gestattet: Hat denn der Inhaber der Bäckerei auch die Zeit bezahlt, in der die Ministerin ihm helfenden zur Hand ging? Oder war es doch eher vorgezogener Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler?
Mittlerweile meldet sich der erste Whistleblower. Das geplante Pumpspeicherkraftwerk Nordschacht soll wohl nicht gebaut werden. Diese Information bekam ich nur unter den von mir immer wiederholten Worten „Nein, ich werde auch unter Folter keinen Namen preisgeben“. Nun, die Informationen kamen direkt aus dem saarländischen Ministerium für Energie und der Artikel konnte schließlich geschrieben werden. Wie viele Brötchen die Anke wohl mittlerweile verkauft hatte?
Das Telefon klingelte. Wieder einer meiner saarländischen Freunde. Ich könne eine ganz geheime Liste bekommen, auf der sämtliche Kraftwerke im Saarland verzeichnet wären, die mit Kohle betrieben werden.
„Keine Angst mein Freund, deine Chefin verkauft gerade Brötchen und kümmert sich herzlich wenig um das Thema“, beruhigte ich ihn. Und schon wieder ein Artikel mehr für das Energiewendejournal „mit schönen Grüßen an den Verfassungsschutz.“, wie mein Chef später meinte.
Epilog
So ging es dann weiter und Gott sei Dank: Wir hatten unseren Chef versöhnt. Die Ausgabe stand.
Und nun warten wir auf Post. Vom Verfassungsschutz. Und, wie ich aus meinen geheimen Quellen gesteckt bekam: Die SPD und ihre Ministerin werden wohl in Zukunft kleinere Brötchen backen.

Aufnahmeantrag

Ich möchte / Wir möchten die Arbeit der Energiewende Saarland e.V. unterstützen und zukünftig das Energiewende-Magazin als Beihefter zum vierteljährlich erscheinenden Umweltmagazin Saar des BUND beziehen:

O 1. im Rahmen einer einfachen Mitgliedschaft „Light“ für 15,- Euro pro Jahr.
O 2. im Rahmen einer Mitgliedschaft „Standard“ von 20,- Euro pro Jahr
O 3. im Rahmen einer Fördermitgliedschaft „Soli“ ..... Euro (mind. 50,- Euro) pro Jahr

O Zusätzlich möchte ich / möchten wir kostenlos das Energiewende-Magazin per E-Mail als PDF-Datei erhalten.

Ich möchte / Wir möchten nicht Mitglied werden, sondern nur das Energiewende-Magazin
O 4. per E-Mail für 5,- Euro pro Jahr abonnieren.

Name ..... Vorname .....
Straße ..... PLZ, Ort .....
E-Mail .....
Datum ..... Unterschrift .....

Einzugsermächtigung
O Ich erteile der Energiewende Saarland e.V. hiermit die jederzeit widerrufbare Einzugsermächtigung für den o.g. Betrag von folgendem Konto:

Kto.-Nr. ..... BLZ .....
Bank .....
Datum ..... Unterschrift .....

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich abzugsfähig. Bis 51,- Euro gilt der Kontoauszug als Spendennachweis. Bei höheren Beträgen erhalten Sie von uns eine Spendenbescheinigung.